

„Wir werden erneut die Stärke eines unbeugsamen Volkes unter Beweis stellen.“

Der abgesetzte Regionalpräsident Carles Puigdemont motivierte die Unabhängigkeitsbefürworter von Brüssel aus



Bis gestern um 18 Uhr

lag die Wahlbeteiligung in Katalonien bei 68,32 Prozent. Vor 2 Jahren waren es zur selben Uhrzeit – also 2 Stunden vor Schließung der Wahllokale – 63,12 Prozent gewesen. Insgesamt beteiligten sich 2015 an dem von den Separatisten zum „Plebiszit über die Unabhängigkeit“ ausgerufenen Urnengang 77 Prozent der Wahlberechtigten.

AUS DEM VATIKAN

Mission ist „Thermometer für Zustand der Kirche“

PAPST: Oktober 2019 außerordentlicher Monat



von Aldo Parmeggiani

Der Präsident der weltweiten Päpstlichen Missionswerke, der aus Südtirol stammende Erzbischof Giovanni Pietro Dal Toso, hat die Ortskirchen zur aktiven Beteiligung am vom Papst für Oktober 2019 ausgerufenen außerordentlichen Missionsmonat aufgerufen.

Die Initiative sei „eine wertvolle Gelegenheit für die Neubelebung des missionarischen Geistes“ und solle nicht als „zentral geleitet“ wahrgenommen werden, betonte er gegenüber dem römischen Pressedienst „Fides“. Mission habe entscheidende Bedeutung für die ganze Kirche und sei daher „nicht nur ein Thema für einige wenige Experten“. Er sehe die Missionsbemühungen auch als „Thermometer für den Zustand der Kirche“, sagte Dal Toso. „Mission bedeutet in der heutigen Zeit, dass wir berufen sind, nach den verlorenen Schafen zu suchen.“ Eine „Kirche im Aufbruch“ ergreife die Initiative und „sucht nach denen, die fern sind von Gott“, betonte der Erzbischof. Papst Franziskus hatte den im Leifers aufgewachsenen Diözesanpriester und Kurienprälaten Dal Toso Anfang November zum Erzbischof und neuen „Missio“-Präsidenten ernannt.

Am vergangenen Samstag weihte ihn Kardinal Fernando Filoni im Petersdom zum Bischof. Mitkonsekratoren waren der Bozner Diözesanbischof Ivo Muser und der deutsche Kurienkardinal und frühere Präsident des Päpstlichen Rates „Cor Unum“, Paul Josef Cordes. Die „Päpstlichen Missionswerke“ (Missio) sind als päpstliche Ein-



Erzbischof Giovanni Pietro Dal Toso. Diözese

richtung in mehr als 150 Ländern vertreten. Der Papst steht an der Spitze, die globale Leitung ist der von Kardinal Filoni geführten Kongregation für die Evangelisierung der Völker („Propaganda Fide“) anvertraut.

Die Päpstlichen Missionswerke seien aus 2 Gründen besonders wertvoll, betonte Erzbischof Dal Toso gegenüber „Fides“: An erster Stelle gäben sie den jungen Kirchen durch die finanzielle Unterstützung für Priesterseminare, Kirchen und Ausbildung die Möglichkeit, „gewissermaßen ein Rückgrat“ und eigene Strukturen aufzubauen. Eine weitere Aufgabe sei die Sensibilisierung für die Mission: „Finanzielle Unterstützung ist nur dort sinnvoll, wo sie sich in einen größeren Rahmen einordnet, der den Wunsch nach der Verkündigung des Evangeliums umfasst“.

Missio, ein international tätiges katholisches Hilfswerk, setzt sich für ein würdevolles Leben vor allem in den Armut- und Krisenregionen der Welt ein. Die Projektschwerpunkte: Ausbildung, Pastoral und Bildung Ob Hilfe in Notsituationen oder in langfristigen Förderprojekten: Missio hilft aus christlicher Überzeugung dort, wo die Not am größten ist – unabhängig von der Herkunft der Menschen.

Unabhängigkeitsbefürworter laut Prognose vor Absoluter

KATALONIEN: Laut Medien-Befragung Kopf-an-Kopf-Rennen um Platz 1 – Wahlausgang ist richtungsweisend

BARCELONA (APA/dpa). Bei der Parlaments-Neuwahl in der spanischen Konfliktregion Katalonien haben die Parteien des separatistischen Lagers nach einer Medienprognose gemeinsam möglicherweise erneut eine knappe absolute Mehrheit der Sitze errungen. Das geht aus einer Prognose der Godo-Mediengruppe („La Vanguardia“) hervor.

Die 3 für die Unabhängigkeit Kataloniens eintretenden Gruppierungen sollen demnach auf bis zu 71 Sitze kommen. Für die absolute Mehrheit sind mindestens 68 der 135 Sitze nötig. Die Prognose, die nach Schließung der Wahllokale um 20 Uhr veröffentlicht wurde, basiert auf einer repräsentativen Befragung von 3200 Wählern.

Ganz vorne sollen liegen die linksnationalistische Partei ERC des separatistischen Spitzenkandidaten Oriol Junqueras mit 34 bis 36 Sitzen sowie die liberale Partei Ciudadanos von Unabhängigkeitsgegnerin Ines Arrimadas (34 bis 37 Sitze). Auf dem dritten Platz landet nach der Prognose mit 28 bis 29 Sitzen die separatistische Liste Junts Cat („Gemeinsam für Katalonien“) des Ende Oktober abgesetzten Regionalpräsidenten Carles Puigdemont, der erneut als Spitzenkandidat antrat.

Es werden schwierige Koalitionsverhandlungen erwartet, da es in den beiden Lagern – der Separatisten und der „verfassungstreuen“ Parteien – große Meinungsunterschiede gibt.

Für Katalonien ist die Wahl extrem wichtig und richtungsweisend: Sollten die separatistischen Parteien tatsächlich er-



Vor den Wahllokalen bildeten sich Menschenschlangen.

LaPresse/Batard Patrick/ABACA

neut auf eine absolute Mehrheit der Sitze kommen, würden sie ihre Unabhängigkeitsbestrebungen und den Konfrontationskurs zur Zentralregierung in Madrid vermutlich fortsetzen.

Rajoy hofft auf Normalität

Trotz eines Verbots durch das oberste Gericht Spaniens hatte die katalanische Regierung am 1. Oktober ein Referendum über die Unabhängigkeit von Spanien abgehalten. Ende Oktober rief das Parlament in Barcelona dann die Unabhängigkeit und die „Katalanische Republik“ aus. Madrid übernahm daraufhin die direkte Kontrolle über die halbautonome Region, setzte Regionalpräsidenten Puigdemont und dessen Regierung ab und schrieb Neuwahlen aus.

Der spanische Premier Mariano Rajoy hoffte auf eine Rückkehr der Region zur Normalität. Ein Sieg der Separatisten könnte

dagegen mehr Zweifel an seiner Krisenpolitik aufkommen lassen. Die Zwangsverwaltung soll in dem Moment enden, in dem eine neue Regionalregierung ihr Amt antritt. Das könnte aber im Falle von langwierigen und schwierigen Koalitionsverhandlungen Wochen oder sogar Monate dauern.

Puigdemont kämpferisch

Die Wahl gilt als ungewöhnlich, da einige Kandidaten unter dem Vorwurf der Rebellion im Gefängnis sitzen und Ex-Regionalpräsident Puigdemont sich nach Brüssel abgesetzt hat, um einer Festnahme zu entgehen. Puigdemont gab sich kämpferisch: „Heute demonstrieren wir erneut die Kraft eines unbeugsamen Volkes. Auf dass uns der Geist des 1. Oktober stets leiten möge“, twitterte er.

Da ihm in Spanien die Verhaftung als Aufrührer droht, konnte

er seine Stimme nicht persönlich abgeben. Stattdessen machte eine mit Vollmacht ausgestattete Katalanin (18) in einem Wahllokal nahe Barcelona das Kreuz für ihn. Mit Spannung wurde erwartet, wie Puigdemont auf das Wahlergebnis reagieren wird. Kehrt er nach Katalonien zurück, droht ihm die sofortige Festnahme. Der 54-Jährige hatte aber zuletzt angekündigt, im Falle eines Sieges in die Heimat kommen zu wollen und eine Inhaftierung zu riskieren.

Es wurde nicht ausgeschlossen, dass diesmal weit mehr als 80 Prozent der insgesamt gut 5,5 Millionen Wahlberechtigten zu den Urnen gehen.

© Alle Rechte vorbehalten

Video auf **stol.it**
SÜDTIROL ONLINE

EUROPA-SPLITTER

Polens Justizreform und die EU

RECHTSSTAATLICHKEIT: Erstmals in der Integrationsgeschichte verwendet die EU das Artikel-7-Verfahren

BRÜSSEL. Seit Anfang 2016 befindet sich die EU-Kommission in einem Rechtsstaatsdialog mit der polnischen Regierung. Brüssel hat grobe Zweifel an verschiedenen Gesetzgebungsprojekten in Polen. Die polnische Regierung hat in den letzten beiden Jahren rund 13 Gesetze erlassen, die das Justizsystem reformieren. Vor allem in 4 Rechtsakten sieht die EU Kommission eine systemimmanente Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit:

- 1. das Gesetz über den obersten Gerichtshof;
- 2. das Gesetz über den nationalen Justizrat;
- 3. Gesetz über den Aufbau der ordentlichen Gerichte;
- 4. das Gesetz über die nationale Hochschule für Gerichtsbarkeit.

Die Kommission ist der Überzeugung, dass diese Gesetze in ihrer aktuellen Fassung zu einer Aushöhlung der Unabhängigkeit der polnischen Justiz führen und die Gewaltenteilung gefährden. Die polnische Regierung hält umgekehrt dagegen, dass diese



Reden miteinander: Jean-Claude Juncker und Mateusz Morawiecki. APA

Gesetze die Effizienz des Justizsystems erhöhen werden. Spitzenvertreter der EU, allen voran der erste Vizepräsident der EU-Kommission sowie polnische Spitzenpolitiker haben sich mehrfach detailliert dazu ausgetauscht – in juristischen Schriftsätzen sowie in vertraulichen Treffen in kleinem Kreis. Doch es gab kaum Fortschritt. 3 förmliche EU-Empfehlungen blieben erfolglos.

Seit Beginn dieser Rechtsstaatskrise steht auch eine Einleitung des Artikel-7-Verfahrens



im Raum. Dieses Verfahren existiert seit 1999, war aber – ähnlich wie das Austrittsverfahren gemäß Artikel 50 – als bloße Drohkulisse gedacht. Es soll vermeiden, dass Mitgliedsstaaten aus dem Wertekorsett der Union ausbrechen und die gemeinsamen Grundwerte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit oder Menschenrechte massiv verletzen. Das Verfahren hat 3 Unterstufen:

- 1. die Feststellung einer eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung

der Grundwerte (die nun eingeleitet Stufe);

- 2. die Feststellung dass eine schwerwiegende und anhaltende Verletzung dieser Grundwerte tatsächlich stattfindet und schliesslich
- 3. die Verhängung von Sanktionen gegen den betreffenden Mitgliedstaat (bis zum Entzug des Stimmrechtes im Rat der EU).

Die polnische Regierung wurde vorgestern aufgerufen, binnen 3 Monaten die kritisierten Gesetze im Sinne der Kommission zu ändern und die Unabhängigkeit der Justiz zu garantieren. Lenkt Warschau nicht ein, so wird der Rat der EU eine Feststellung einer eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der EU Grundwerte diskutieren. Die Zeichen stehen somit auf Konfrontation. Dennoch hat Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker den neuen polnischen Premier Mateusz Morawiecki für den 9. Jänner zu einem Gespräch nach Brüssel eingeladen.

© Alle Rechte vorbehalten

4 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg



„Dolomiten“: Die EU-Kommission hat nun zur so genannten „atomaren Option“ gegriffen. Ist das weise?

Gabriel N. Toggenburg: Es gab nur mehr die Option einer Verschärfung oder die Aufgabe der Forderung nach gemeinsamen Mindeststandards bei der Unabhängigkeit der Justiz innerhalb der EU. Die Kommission nimmt nun auch die Minister im Rat der EU in die Verantwortung, sich mit dieser heißen Kartoffel zu beschäftigen. Das ist gut so.

„D“: Bellt die EU hier nur oder beißt sie?

Toggenburg: Für die Feststellung einer eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Grundwerte bedarf es im Rat der EU eine Mehrheit von 4 Fünfteln seiner Mitglieder. Und die Zustimmung des Europäischen Parla-

ments. Beides scheint durchaus machbar.

„D“: Ist so eine Feststellung nicht eher ein Bellen als ein Biss?

Toggenburg: Ja. Aber, wenn Sanktionen verhängt würden dann wird es eng für Polen. Doch die EU ist hier in einem Dilemma: Ungarn hat bereits angekündigt, Polen mit einem Veto zu schützen. Für einen Sanktionsbeschluss bedarf es nämlich der Einstimmigkeit.

„D“: Warum beginnt dann die Kommission überhaupt das Verfahren?

Toggenburg: Artikel 7 ist ein politisches Verfahren, kein Gerichtsverfahren. Soll hier wirklich die bloße Aussicht auf ein politisches Veto das Bestehen auf Grundstandards vom Tisch fegen? Es geht hier ums Prinzip. Und wenn 22 Mitgliedstaaten in dieser Angelegenheit klar Stellung beziehen würden so hat das anderes Gewicht als Mahnungen aus „Brüssel“.

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz